

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den auswärtigen Stellen 1 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 1,20 Mk., bei Postbestellung 1,50 Mk. für den Monat. —

Wilsdruffer Tagblatt Nr. 191. 85. Jahrgang. —
Wilsdruff, den 17. August 1926

Nr. 191. 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff, Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 17. August 1926

Wohnungsbau ist notwendig!

Wir taumeln zwischen der Wohnungsnot auf der einen Seite und dem Überangebot auf der anderen Seite. Millionen von Wohnungen fehlen und brennender als alle anderen Fragen ist dieser immer unerträglicher werdende Zustand des Wohnungsmangels geworden, der überall befehlt, auf dem Lande ebenso wie in den Städten, den großen wie den kleinen. Es gibt ja hier und da freie Wohnungen, aber ihr Erwerb ist so teuer, die Miete so hoch, daß beides unerforschlich ist für Mittelstand und Arbeiterschaft. Die Reichsregierung hat ein Programm — obwohl das von Bestmüssen bestritten wird —, hat einen Kredit von 200 Millionen zur Verfügung, will jetzt in Preußen, mit dessen Regierung soeben ein Abkommen zustande gebracht wurde, 12 000 Wohnungen mehr bauen lassen als vorgesehen war, will Preußen insgesamt 120 Millionen Kredit zur Verfügung stellen — alles ganz schön und gut. Man hat dabei bloß immer die Empfindung, daß die Taten den Worten allzuwenig entsprechen, weil man sich oben über das Brennen der Frage zu wenig klar ist. Hat doch kürzlich der preussische Wohnbauminister ein launiges Loblied auf die Wohnungsbaupolitik seiner Regierung gesungen — aber der Wohnungsbau hat gerade in diesem Jahr den Erwartungen in keiner Weise entsprochen.

Wir haben mindestens 300 000 erwerbslose Bauarbeiter! Leicht läßt sich berechnen, welche große Massen von Wohnungen gebaut werden könnten, wenn die für diese Arbeitslosen ausgegebenen Gelder wirklich produktiv verwandt würden, den Erwerblosen dadurch Arbeit und Erwerb verschafft würde. So aber gehen die Millionen und Abermillionen dahin, nur um die 300 000 am Leben zu erhalten. Schon neigt sich der Sommer und der Wohnungsbau ist ein Saisongewerbe, das ein harter Winter zum Stutzen bringt. Allgemeiner Ansicht nach hat die Schwerefälligkeit des behördlichen Apparates ein Hindernis, daß der 200-Millionen-Kredit weitgehend dezentralisiert und möglichst schnell in die Hände hineingeleitet wurde, die zu den Städten einführten als den gegebenen Instanzen für die Verwendung der Kredite. Gerade das Baugewerbe kann aber auch zu einem starken Anreize der wirtschaftlichen Produktion werden, weil die Rohstoffe und Materialien, die es benötigt, so überaus mannigfaltiger Natur sind; davon hat man aber ebenso wenig etwas verspürt wie von einem frischen Leben auf dem Baumarkt selbst. Immer wieder kommen die Klagen namentlich aus den Kreisen der Eisenindustrie, daß der Bedarf des Baugewerbes ein geringer sei und bleibe.

Die stärksten Klagen aber sind laut geworden darüber, daß die Erträge der Hauszinsen er so ganz anders verwendet werden, als ursprünglich geplant war; jetzt liegen die Dinge so, daß die riesigen Erträge zum allergrößten Teil nicht etwa zur Kreditvergabe zwecks Wohnungsbau dienen, sondern zur Deckung allgemeinstaatlicher Zwecke. Es ist von der Regierung selbst zugegeben worden, daß man mit Hilfe der Hauszinsensteuer den Staatshaushalt im Gleichgewicht erhält. Dabei sind die Kredite, die nun wirklich aus den Erträgen dieser Steuern hergekommen werden, nicht etwa billig; dazu kommt, daß die Hauszinsen ganz allgemein beträchtlich höhere sind als früher, was dann in der Höhe der Mieten in neugebauten Häusern nur allzu deutlich sichtbar wird.

Der Wohnungsbau stellt einen Teil des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung dar, über das jetzt wieder ausgedehnte Beratungen im Reichslabniet stattgefunden haben. Für die Bereitstellung der Mittel hierzu gilt das Wort ganz besonders: doppelt gibt, vier fache Eile. Dadurch wird dann mancher Fehler — die unvermeidbar sind — wenigstens wettgemacht.

Kitcheners Leiche nicht vorhanden.

Eine Filmreklame? London, 16. August. Die Vermutung, daß die ganze Kitchener-Legende zu Filmreklamewerken in Szene gesetzt wurde, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. In dem Sarge, der von dem Journalisten Frank Power aus Norwegen nach London gebracht wurde und angeblich die Leiche Kitcheners enthalten sollte, wurde, als er geöffnet wurde, eine Granate mit Kupfermantel, aber kein Leichnam gefunden.

Kamenevs Sturz.

Mikojan sein Nachfolger. Moskauer Telegramme beschäftigen die Meldung, daß der Volkskommissar Kamenev wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheit des Zentralkomitees vom Posten des Volkskommissars für Innen- und Außenhandel entlassen wurde. Zu seinem Nachfolger wurde Wladiimir Mikojan, der 34jährige Sekretär der nordkaukasischen kommunistischen Organisation, ernannt. Mikojan ist Mitglied des Zentralkomitees und Sekretär für die Mitgliedschaft des Politischen Büros. 1918 wurde er in Baku mit 26 bolschewistischen Kommissaren von den Engländern verhaftet; er ist nur zufällig dem Tode entgangen.

Die Frage des Reichsehrenmals

Frontkämpfer für den Ehrenhain.

Seit längerer Zeit geht der höchst unerfreuliche Streit hin und her um die Stelle, wo das Reichsehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges errichtet werden soll. Ob dabei immer die reinsten Beweggründe in die Erscheinung treten, ob nicht manchmal andere Antriebe als der einwandfreie Gedanke an die von allen anderen Erwägungen losgelöste heldische Aufopferung unserer gefallenen Brüder maßgebend sind, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls bieten die Auseinandersetzungen in mehr als einer Beziehung ein äußerst trauriges Bild. Deutschland, das ganze Deutschland, das ganze Volk will seine Helden würdig ehren, der Nachwelt ein Zeugnis geben von der Bewunderungswürdigkeit ihrer Taten. Wie schriller Miffklang tönt in diese Idee der leider erkrankte Streit um die Form, vor allen Dingen um den Ort dieser Ehrung.

Auch in den großen Frontkämpferverbänden empfindet man das Unzulässige der eingerissenen Art des Wettbewerbes um das Ehrenmal. Diese Verbände haben deshalb jetzt dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung sowie dem Präsidenten des Deutschen Reichstages Mitteilung gemacht, daß sie nach wie vor an dem Gedanken des Ehrenhains festhalten und für sie als Ort für den Ehrenhain das im Mittelpunkt Deutschlands gelegene Bad Dörfel bei Weimar in Thüringen allein in Frage kommt. Diese Erklärung haben abgegeben: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Stahlhelm, Reichskrieglerbund, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Reichsverband der Kriegsbeschädigten, Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Zentralverband der Kriegsbeschädigten.

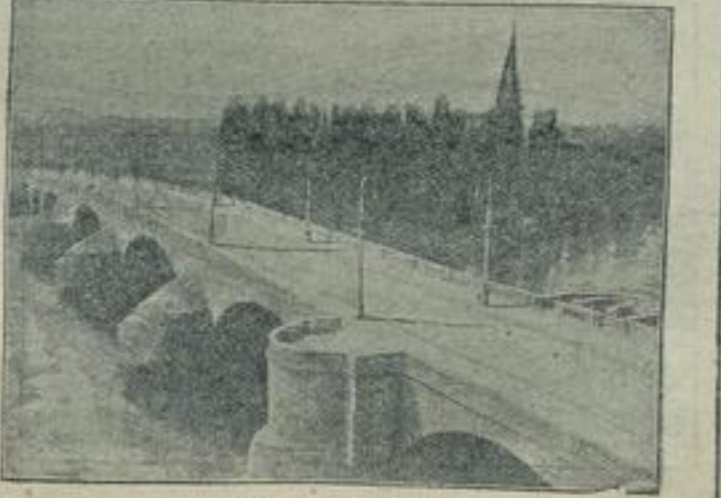
Gleichzeitig betonten die genannten Frontkämpferverbände, daß jede äußere Ehrung ihrer gefallenen Kameraden nur dann Sinn hat und verstanden werden wird, wenn gleichzeitig auch das Los der durch den Krieg schwer betroffenen Kriegsbeschädigten, Kriegswitwen und -waisen sowie Hinterbliebenen gleichzeitig fühlbar gebessert werde.

Gerüchte über den Eisenpakt.

Gescheitert oder nicht? Die Verhandlungen über die Gründung eines europäischen Eisenkartells sind in letzter Minute noch einmal aufgeschoben worden, nachdem die endgültige Unterzeichnung bereits angekündigt war. Brüsseler Blätter wollten nun wissen, daß die Verhandlungen der Metallindustriellen gescheitert seien. Zwischen den deutschen, französischen und luxemburgischen Vertretern habe volle Übereinstimmung bestanden, aber die Belgier seien mit den Vorschlägen nicht zufrieden gewesen.

Einweihung der neuen Mainbrücke.

Nord und Südewig verbunden. Die Alte Mainbrücke, die Frankfurt a. M. mit Sachsenhausen verband, ist nach zwölfjähriger Bauzeit — unterbrochen durch Krieg- und Inflationsjahre — in ihrer neuen Gestalt dem Verkehr übergeben worden. Die Einweihung gestaltete sich zu einem großen Festtag. Die Stadt und besonders die an den Main angrenzenden Straßen waren in ein Flaggenmeer verwandelt, die Brücke war in den Farben der einzelnen Bundesstaaten besetzt. In Anwesenheit des Reichsverkehrsministers Dr. Krohne, des preussischen Ministers des Innern, Severing, des Wohlfahrtsministers Girslefer, des Staatspräsidenten von Hessen, Ulrich, des Oberpräsidenten Dr. Schwander



Die neue Brücke.

Demgegenüber werden von den zuständigen Persönlichkeiten der deutschen Eisenindustrie die Anstalten für das Zustandekommen des Paktes weiterhin günstig beurteilt. Die noch ausstehende Zustimmung der französischen Gruppe wird nur als ein Malheur rein formalen Natur bezeichnet. Mit Belgien liegen die Verhältnisse allerdings etwas schwieriger, aber von einer ersten Kompilation kann nach deutscher Auffassung auch hier nicht die Rede sein.

Trifft bis zum 5. September keine zustimmende Antwort der belgischen Teilnehmer ein, so wäre mit neuen Verhandlungen zu rechnen.

Der Eisenpakt im wesentlichen perfekt.

Eigener Berichtsbrief des „Wilsdruffer Tageblattes“. Düsseldorf, 17. August. Wie die Telegraphen-Union zu den sich widersprechenden Meldungen über die Pariser Eisenpaktverhandlungen aus bester Quelle erfährt, bestätigt sich die optimistische Auffassung über das Zustandekommen des Paktes. Die Schwierigkeiten Belgiens sind interner Natur und besonders darauf zurückzuführen, daß die belgische Gruppe eine nicht so straffe Organisation darstellt, wie die Gruppen der anderen Beteiligten. Die anderen Beteiligten — Deutschland, Frankreich und Luxemburg — waren sich durchaus einig und die Vertragsbestimmungen stellen entgegen anderen Ausführungen absolut und im ganzen fest. Man erwartet nunmehr bis zum 15. September die Beibringung der Unterschriften der noch außenstehenden Länder, (bei Frankreich nur formaler Natur) so daß neue Verhandlungen kaum nötig sein werden. Die Notenberechnung über die gleichfalls Einigkeit herrscht, rechnet mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 29 Millionen Tonnen für alle Länder. Nach zuverlässiger Schätzung beträgt die augenblickliche Produktion mit 27 bis 28 Millionen Tonnen. Hier stellt das bereits erwähnte schwierige Ausgleichsproblem ein. Der bestimmt festgesetzte Prozentsatz bei Vollproduktion beträgt für Deutschland rund 42,25%. Er ist für Deutschland ebenso wie für die anderen Länder je nach tatsächlicher Produktion gleich und ausgleichend. Für die Kontingentierung beträgt der Prozentsatz zuverlässig 6,5–6,75% der Produktion.

Iswestija warnt weiter vor der polnischen Kriegsgefahr.

Riga, 16. August. Die Iswestija beschäftigt in ihrem heutigen Leitartikel sich wieder mit der baltischen Frage und stellt fest, daß Polen noch wie vor zu einem Krieg mit Litauen dränge. Das Blatt schreibt u. a., daß die polnischen Truppenkonzentrationen an der litauischen Grenze fortgesetzt werden. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Völkerversammlung sei lediglich das Tempo dieser Vorbereitungen verlangsam worden. Das Blatt sieht den Frieden in Osteuropa hierdurch auf das äußerste bedroht, da sich Rußland mit einer Verbündetheit Polens im Baltikum nicht einverstanden erklären würde.

und des Regierungspräsidenten Ehrlich fand der Festakt statt, bei dem u. a. Oberpräsident Schwander und Oberbürgermeister Dr. Landmann auf die Bedeutung der Stunde hinwies. In seiner Festansprache führte Oberbürgermeister Dr. Landmann aus, welche historische Bedeutung die frühere Brücke gehabt habe zu einer Zeit, als das Deutsche Reich ein geographischer Begriff zu werden drohte. Sie habe zwischen Nord und Süd die Bande fest enger geknüpft. So sei die neue Brücke ein Symbol für die enge Verbundenheit zwischen Nord und Süd, für das eine Deutsche Reich. Unter gemeinsamem Abstieg des Deutschlandliedes, Völkerschliefen, Glockengeläut und dem Heulen der Sirenen zerschritt der Oberbürgermeister das Band.

Es folgte dann ein Trauereinzug der landesmännlichen Verbände und Vereinigungen. Dann begann der große Schiffsfestzug. Die Städte im Rhein- und Maingebiet hatten dazu künstlerisch geschmückte Schiffe gestellt, ebenso die im Rhein- und Maingebiet ansässigen Industriefirmen, Korporationen und Vereine des inneren Bezirks der Stadt Frankfurt. Beim Festmahle hielten nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Reichsverkehrsminister Dr. Krohne und der preussische Innenminister Severing Reden. Die beiden Minister würdigten darin die Stadt Frankfurt als Bindeglied zwischen dem deutschen Norden und dem deutschen Süden in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung.

Der Reichspräsident in Pommern.

Großer Empfang in Stolp. Auf der Fahrt zu einer Familienfeier weihte der Reichspräsident von Hindenburg am 15. August in Stolp, wo ihm ein festlicher Empfang bereitet wurde. Auf dem Bahnhof wurde der Reichspräsident von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden begrüßt.